

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringergeld 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonellselle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonellselle 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Erfassung der Sachwerte.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefassten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vor dem Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarkten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Notenpresse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
 2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
 3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
 4. Scharfe Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
 5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
 6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Werttagewinne.
 7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
 8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Weicht diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuliefern. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzerlöse der von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abzahlungsleistungen abzuliefern.
 9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.
 10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.
- Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Gegen die Stinnesierung der Eisenbahnen.

Generalstreik als Antwort der Eisenbahner.
Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten vom deutschen Eisenbahnverband im Zirkus Busch veranstalteten Protestversammlung gegen die Privatisierung der Eisenbahnen wurde eine Resolution angenommen, die u. a. sagt,

daß die Versammelten bei einer Durchführung des Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik antworten würden.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände erklärt ebenfalls eine Rundgebung gegen die Privatisierung der Eisenbahnen. Sie verlangt, daß der Betrieb der Eisenbahnen wirtschaftlich gestaltet werde, aber sie ist der Ansicht, daß die Behauptung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Sanierung sei nur durch die Ueberführung in die Privatwirtschaft zu erreichen, nicht beweisbar sei.

München, 16. November. (M.) Die Konferenz der Vertrauensmänner des Bayerischen Eisenbahnerverbandes im Direktionsbezirk München hat sich mit der Entstaatlichung der Eisenbahnen befaßt und in einer Entschliessung energisch dagegen Stellung genommen. Darin heißt es u. a.: „Die Konferenz schließt sich dem Protest der Vertreter der Großorganisation gegen die Preisgabe der deutschen Reichseisenbahnen an das Privatkapital rückhaltlos an. Die Konferenz ersucht die Vertreter ihrer Großorganisation, im Kampfe gegen die Auslieferung der Eisenbahnen an das Großkapital kein Mittel unversucht zu lassen, um diese Preisgabe hintanzuhalten. Die Konferenz gelobt, die Großorganisation in allen ihren Schritten zu unterstützen und ihr die nötigen Mittel dazu zur Verfügung zu stellen.“

Karlsruhe, 17. November. Die Funktionärerversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Baden, sprach sich gegen die geplante Entstaatlichung der Reichseisenbahnen aus und verlangte, daß die praktischen Forderungen der Fachleute sowohl im Betriebe wie im technischen Dienst mehr zur Geltung kämen. Vor allen Dingen müsse den Anträgen der Betriebs- und Beamtenräte mehr Achtung verschafft werden.

Eine Rede Dr. Wirths.

Das Kreditangebot der Deutschen Industriellen undiskutabel.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei hielt gestern der Reichsanwalt Dr. Wirth eine eingehende Rede über die innen- und außenpolitische Lage. In seinen Ausführungen erklärte er die politische Lage mehr als verworren und unübersichtbar. Das Kreditangebot der deutschen Industrie halte er für unannehmbar und überhaupt nicht diskutabel. Von einem modifizierten Angebot der Industrie sei ihm bisher noch nichts bekannt. Aus der Versammlung heraus wurde ihm bei seinem Urteil über das Industrieangebot lebhaft zugestimmt. Die großindustriellen Kreise des Zentrums stehen in der Anschlußfrage keinen Zweifel darüber, daß sie mit der Entschliessung des Reichsverbandes der deutschen Industrie sich niemals befreunden können.

Der Popanz des preussischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Essen redete der preussische Ministerpräsident Braun in einer sozialdemokratischen Versammlung. Er sagte, die Deutsche Volkspartei habe sich vor kurzem verpflichtet, die Republik zu schützen und festigen zu helfen. Wenn sich herausstelle, daß die Mitarbeit der Sozialdemokratie fruchtlos sei, dann werde die Koalition ebenso schnell gelöst, wie sie geschlossen wurde. Wir stehen heute vor der Frage, ob wir einer stetigen und friedlichen Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens entgegengehen oder einen blutigen Bürgerkrieg zwischen Bürgertum und dem Proletariat entfachen wollen. Das Letztere würde den völligen Untergang des deutschen Volkes bedeuten. Die Sozialdemokratie wird sich für den ersten Weg entscheiden.“

Skandalöse Behandlung der bayerischen Gefangenen.

Selbstmordversuch des Festungsgefangenen Marschall.
München, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der schwer mangelnde Festungsgefangene Marschall in Niederstufensfeld bemühte sich seit langem um sachkundige ärztliche Behandlung, sie wurde ihm verweigert. Der Anstaltsarzt erklärte ihm schon des öfteren, er fühle sich mehr als Beamter, der Befehle vorgegebener Stellen auszuführen habe, denn als Arzt. Marschall wurde bisher trotz häufiger schmerzhafter Anfälle verboten, sich zur Nachtzeit ein Licht anzuzünden. Gelegentlich eines schweren Anfalles stellte sich starkes Erbrechen ein. Seine Bitten um eine Kampe wurden abgelehnt, obwohl er sie gebraucht hätte, um seine Zelle zu reinigen. Seine Beschwerde hatte Bestrafung mit Einzelhaft zur Folge. Verzweifelt ob der andauernden unmenschlichen Behandlung schneit er sich die Pulsoadern auf. Nur weil der Selbstmordversuch noch rechtzeitig bemerkt wurde, konnte Marschall gerettet werden. Es ist höchste Zeit, daß von Reichs wegen gegen die Zustände in Niederstufensfeld vorgegangen wird, wenn weiteres Unheil verhütet werden soll.

Der Notschrei der Verzweiflung.

Die Ernährungslage des deutschen Volkes geht einer katastrophalen Entwicklung entgegen. Die Preise der Lebensmittel und sämtlicher anderer, zur Deckung des notwendigen Bedarfs erforderlichen Produkte steigen von Tag zu Tag, so daß die Löhne, die vor kaum vier Wochen festgesetzt worden sind, durch die Preisentwicklung längst überholt wurden. Bei alledem ist ein Abschluß des Steigens der Preiskurve heute nicht abzusehen, um so weniger, da sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine Kaufwut entwickelt hat, die das Anziehen der Preise nur noch befördern muß. Die Kaufleute werden geradezu bestürzt, so daß in Berlin und anderen Städten die Läden nur noch stundenweise geöffnet bleiben. Die Preise werden durch diesen Ansturm in die Höhe getrieben, bis die Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes vollkommen gelähmt ist. Freilich ist die Arbeitererschaft nur im geringen Maße fähig, sich an Hamsterkäufen von Waren zu beteiligen, und es ist nicht verwunderlich, wenn am vergangenen Dienstag in Berlin bereits Arbeitslose in die Läden drangen und Plünderungen an den vorhandenen Beständen unternahmen. Das sind Schreie der Not, die sich in den nächsten Tagen und Wochen überall bemerkbar machen werden. Was soll der Arbeiter tun, was insbesondere die Arbeitslosen, die Rentner und Pensionäre, die bisher schon am Hungertuche nagten, denen aber angesichts der geradezu fabelhaft gestiegenen Preise jede Lebensmöglichkeit genommen wird? Wie Entlastungsschreie des Bürgertums verhallen an dem Drang, das Lebensnotwendigste zu erhalten, um der völligen Verelendung zu entgehen.

Wir halten nach wie vor diese Methoden der Selbsthilfe für vollkommen verfehlt, wenn wir andererseits auch die psychologischen Beweggründe dazu verstehen. Durch derartige Plünderungsmethoden wird vorübergehend einem Teile der Gesamtbevölkerung geholfen, ohne daß damit dem Proletariat als Klasse auch nur die geringste Hilfe zuteil werden könnte. Der Kampf gegen die Teuerung und ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen kann nur auf breiterer Basis geführt werden. Die Preissteigerungen sind untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden, das uns durch den imperialistischen Weltkrieg in den Zustand des völligen Zusammenbruchs geführt hat. Der Kampf gegen den Hunger, der Kampf gegen die gestiegenen Preise muß daher seine Konzentration in dem Kampfe gegen den Kapitalismus finden.

Die Entwicklung der Preise hat eine geradezu erschreckende Tendenz angenommen. Während im Juni 1921 der Gesamtwert für deutsche Waren, berechnet nach den Aufstellungen der Frankfurter Zeitung, 128 betrug, ist er nach Mitteilungen der Frankfurter Zeitung vom 6. November bereits auf 248 gestiegen. Die eigentliche Preissteigerung aber hat erst eingesetzt in den letzten vierzehn Tagen, so daß heute der Index aller Wahrscheinlichkeit nach auf nicht viel weniger als 300 stehen wird. Die Preise aller Waren haben sich demzufolge im Zeitraum von vier Monaten um mehr als das Doppelte erhöht. Wo sind demgegenüber die Löhne geblieben, die sich diesem gewaltigen Ansteigen der Preise hätten anpassen müssen? Die katastrophale Entwicklung unserer gesamten Wirtschaftslage zeigt sich am allerdeutlichsten dann, wenn wir die Friedenspreisverhältnisse der Entwicklung der Preise nach dem Zusammenbruch des Krieges gegenüberstellen. Es ergibt sich dann folgendes:

	I. Lebensmittel	II. Textilien u. Leder	III. Mineral. (Kohle u. Holz)	IV. Bergbau	V. Gesamtindex
Friedensindex	11.38	3.37	7.15	12.00	9.23
Januar 1920	100	100	100	100	100
Januar 1921	154	97	120	189	148
Juli 1921	145	79	115	191	135
September 1921	211	96	125	193	166
Oktober 1921	227	120	151	208	184
November 1921	317	168	210	251	248

Bei dieser Auffassung handelt es sich um die Zusammenfassung einer größeren Anzahl verschiedener Produkte. Um aber zu zeigen, wie sich die Preisbildung eines herausgegriffenen Produkts in den letzten Monaten entwickelt, dafür folgende Tatsache. Das Leder zu einem Rinderboxstiefel kostete im Jahre 1914 5.85 Mk., der Höchstpreis unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft betrug 20.25 Mark, nach dem heutigen Lederpreis aber kostet das Leder, das erforderlich ist, um einen gewöhnlichen Rinderboxstiefel herstellen zu können, 204 Mk., das ist das 35fache des Friedenspreises. Die Preise ziehen noch immer weiter an, und bei der gegenwärtigen Lage unserer Markta ist ein Ende vorläufig nicht abzusehen, so daß wir auf dem besten Wege sind, polnische bezw. auch russische Preise zu erreichen.

Gegenüber einer derartigen Gestaltung der Preise haben alle Maßnahmen der einzelstaatlichen und Reichsernährungsminister keinerlei Bedeutung, um so weniger als die Industriellen bewußt auf den Zusammenbruch hinarbeiten, um die Arbeitererschaft durch Hunger müde und völlig kampfunfähig zu machen. Eine unterernährte Arbeitererschaft, das wissen sie, ist wohl zu Verzweiflungsausbrüchen jederzeit geneigt, die Kampfkraft im allgemeinen aber sinkt, je weiter die physische Widerstandskraft fällt. Und das ist